

Bauarbeiten in Dammhausen verzögern sich erneut

Von Karsten Wisser

DAMMHAUSEN. Die Bauarbeiten in Dammhausen werden sich weiter verzögern. Fachleute erwarten, dass die Arbeiten erst im September 2020 abgeschlossen sein werden. Derweil wird weiter diskutiert, welche Folgen es hätte, wenn die Rübker Straße nicht zum Autobahn-Zubringer ausgebaut wird.

Bauarbeiten verzögern sich: Die Bauarbeiten auf der Kreisstraße 51, der Dammhauser Straße in der Buxtehuder Ortschaft Dammhausen sind Ende 2017 gestartet und waren ursprünglich auf ein Jahr ausgelegt. Der Verkehr auf der seit der vollständigen Öffnung der Anschlussstelle Jork wichtigen Verbindungsstraße wird mit zwei Baustellen-Ampel-Anlagen an den halbseitigen Sperrungen vorbeigeführt. Stimmen die neuen Prognosen, würde eine Bauzeit von fast drei Jahren zusammenkommen.

Die Kosten für den Bau eines Fuß- und Radwegs auf der Südseite der Straße und den Bau von Bushaltstellen lagen ursprünglich bei 3,5 Millionen Euro. Die Kreisverwaltung rechnete bei der ersten Verlängerungsankündigung Ende 2018 mit Mehrkosten in Höhe von gut einer Million Euro und einem Ende der Bauarbeiten im März 2020. Neuere Zahlen für die Baukosten gibt es noch nicht. Auch über die konkreten Gründe ist noch nichts bekannt. Die Bauarbeiten werden vom Landkreis Stade als Straßen-Baulastträger verantwortet.

Verzögerung durch moorigen Untergrund

Die bisher vorliegenden Informationen stammen aus der routinemäßigen Baustellenbesprechung und werden von Dammhausens Ortsvorsteher Thomas Sudmeyer (SPD) und Hans-Peter Tödter von der Bürgerinitiative Dammhausen bestätigt. „Nach Aussage der Baufirma werden die Bauarbeiten voraussichtlich bis September 2020 andauern. Diese Aussage wird vom Landkreis noch überprüft“, reagiert der Landkreis auf eine TAGEBLATT-Anfrage. Der moorige Untergrund ist nach wie vor Grund für die Verzögerungen. Es würde nicht nur ein Geh- und Radweg gebaut, sondern auch eine Vielzahl von Ver- und Entsorgungsleitungen erneuert.

Die Baumaßnahmen sind Ergebnis der Dammhauser Erklärung. Für den Verzicht, die Öffnung der A 26-Anschlussstelle Jork auf dem Klageweg rückgängig zu machen, hatten Landkreis und Stadt Buxtehude ein

umfangreiches Maßnahmenpaket, zu dem auch vier Ampeln und mehrere neue Bushaltestellen gehören, vereinbart. In Dammhausen hatte sich die Verkehrszahl nach der Öffnung auf deutlich über 10 000 Fahrzeuge am Tag mehr als verdoppelt.



Der Kreisel, der aufgrund der Bauarbeiten in der Nähe der Einmündung zur Kreisstraße K 26 abgebaut wurde, soll im April 2020 in seiner provisorischen Form wieder aufgebaut werden. An der Stelle war es in der vergangenen Woche zu einem Verkehrsunfall gekommen. Die Anwohner hätten sich einen schnelleren Wiederaufbau des Kreisels gewünscht, weil dieser aus ihrer Sicht die Verkehrssicherheit erhöht. Die derzeitige Verkehrsregelung werde aufmerksam beobachtet. Sie sei bisher nicht auffällig. Zum Unfall sei es aus einer Kombination von Missachtung der Vorfahrt und zu schneller Geschwindigkeit bekommen.

Rübke wäre massiv betroffen

Die Anwohner hätten wohl gute Erfolgsaussichten bei einer Klage gehabt, weil im Planfeststellungsbeschluss steht, dass der Teilabschnitt zwischen Horneburg und Jork erst für den Verkehr freigegeben werden dürfte, wenn die Anschlussstellen Buxtehude oder Neu Wulmstorf inklusive Zubringer freigegeben sind.

Gesprächsrunde bei der Bürgermeisterin: Derweil werden in Buxtehude und besonders in den betroffenen Ortschaften die Folgen des Urteils des Stader Verwaltungsgerichts diskutiert. In ihrer erstinstanzlichen Entscheidung hatten die Richter den Planungsfeststellungsbeschluss für den Ausbau der Rübker Straße aufgehoben. Wenn diese Entscheidung Bestand hat, würde es sehr lange dauern, bis Dammhausen und die Buxtehuder Ortschaften an der Bundesstraße B 73 eine nennenswerte Entlastung bekommen. Auch Rübke wäre massiv betroffen. Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt hatte deshalb die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, die Ortsvorsteher und Vertreter der BI Dammhausen und der BI Rübker Straße zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Dabei sind nach Aussagen von Teilnehmern noch einmal alle bekannten Positionen angesprochen worden. Bis auf Bündnis 90/Die Grünen seien sich alle darin einig, dass Buxtehude eine eigene Abfahrt braucht, sagt Hans-Peter Tödter. Gleichlautende Aussagen gab es auch von allen Kreistagsfraktionen bis auf Bündnis 90/Die Grünen.

Wie diese Abfahrt aber nach dem Urteil realisiert werden könne, sei völlig unklar. Ulrich Felgentreu, Sprecher der BI Rübker Straßen und Ratsherr der Grünen, wehrte sich als Teilnehmer der Sitzung gegen Schuldzuweisung in Richtung Rübker Straße. „Wir haben sehr frühzeitig unsere Bedenken öffentlich gemacht und gesagt, dass wir klagen werden“, sagte Felgentreu.



Neue Anträge aus der Buxtehuder Politik zur Rübker Straße: Die CDU- und die

Linken-Fraktion im Rat der Hansestadt Buxtehude beantragen jeweils Resolutionen für die Ratssitzung am Donnerstag, 12. Dezember. Die CDU fordert, dass sich Buxtehude weiterhin für den Bau einer zentralen Autobahnabfahrt an der A 26 einsetzt und dass Landkreis und Stadtverwaltung zeitnah Konzepte vorlegen, um die Ortschaften von zusätzlichem Verkehr zu entlasten.

Direkter Anschluss wäre wichtig

„Der Bau der A 26 bietet für unsere Stadt und die gesamte Region große Entwicklungschancen“, begründet CDU-Stadtverbandsvorsitzender Alexander Krause die Resolution. Ein direkter Anschluss sei von großer Bedeutung für die Stadt, den Wirtschaftsstandort und das Image Buxtehudes. Verkehr werde dann ertragbar, wenn er sich verteilt und die Zu- beziehungsweise Abfahrt in die Stadt auf mehrere Routen verteilt werde. Krause: „Zudem sind wir uns der derzeitigen Verkehrssituation in unseren Ortschaften – insbesondere in Dammlausen, Neukloster, Hedendorf, Ketzendorf und Ovelgönne – bewusst, für die eine Lösung gefunden werden muss.“

Die Linksfraktion will, dass der Rat von Landrat Michael Roesberg einfordert, das Urteil zum K-40-Autobahn-Zubringer juristisch nicht anzufechten und stattdessen schnellstmöglich die bereits vorhandenen Planungen „auf Grundlage der Variante 2a zu einer ausgereiften – sowohl für die Gerichte als auch für Mensch und Umwelt befürwortbare – Planung“ weiterzuentwickeln.

Grüne bevorzugen keinen Buxtehuder Autobahnzubringer

Die beiden Linken-Abgeordneten Klemens Kowalski und Benjamin Koch-Böhnke kritisieren die Auffassung des Landrates, das ergangene Urteil möglicherweise juristisch anzufechten. Kowalski: „Der Landkreis Stade – auch der Landrat persönlich – hat durch das jahrelange Festhalten an einer von vornherein mangelhaften und zum Scheitern verurteilten Planung des Zubringers über die Rübker Straße bereits viel Zeit und Geld verschwendet.“

Die von Bündnis 90/Grünen bevorzugte Null-Variante, also gar keinen Buxtehuder Autobahnzubringer, lehnt die Linksfraktion ab. „Bei der Null-Variante würden schlichtweg die Augen vor der Realität verschlossen, während sich die täglichen Massen von Pkw und Lkw ihren Weg durch die Ortschaften suchen würden. Probleme einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist keine Lösung“, so die beiden Linken-Ratsherren.

